

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftstagszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Auslandswirkung der Kanzlerrede.

Günstige Stimmen aus Paris und London.

Paris, 25. August. (Ca.) Die gestrige Rede des deutschen Reichskanzlers wird in der französischen Presse fast durchgehend verhältnismäßig freundlich aufgenommen. Es wird allgemein anerkannt, daß die äußere Form der Ausführungen Stresemanns einen Fortschritt auf dem Wege der Entspannung der europäischen Atmosphäre darstelle. Aber in einer großen Anzahl von Blättern wird auch darauf hingewiesen, daß Stresemanns Ausführungen eine Reihe sachlicher Elemente enthalten, die unbedingt für die Regelung der großen schwebenden Probleme einen Fortschritt bedeuten könnten.

Der „Matin“ schreibt: „Man könnte sich in Frankreich fast versucht fühlen, den Kanzler zu loben, wenn man nicht befürchten müßte, daß er auf Grund eines solchen Lobes in Deutschland ermordet würde.“ Stresemann habe sich zwar gegen das Ruhrpfland gewandt, über den passiven Widerstand jedoch sei er hinweggegangen. Wenn er erklärt habe, daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands überhäuft würden, so habe er doch nicht das übliche Lied von dem großen deutschen Elend angestimmt, wie das seine Vorgänger meist getan hätten. Wie die meisten übrigen Blätter erklärt sich der „Matin“ mit der Abhängigkeit der bereits geleisteten deutschen Zahlungen durch Stresemann nicht einverstanden. Es sei nicht besonders geschickt, an der Reparationsabteilung der Reparationskommission zu rütteln, die von dem englischen Generalsekretär der Kommission geprüft worden sei. Dadurch bezüchtige er England, Japan, Italien, Belgien und Frankreich, ja sogar auch bis zu einem gewissen Grade Amerika der Fälligkeit. Aber das Blatt meint weiter, Frankreich werde sicherlich einer

Nachprüfung der Abrechnung der Reparationskommission

keine unüberwindlichen Hindernisse in den Weg legen. Wenn dann festgestellt würde, daß gewisse Lieferungen Deutschlands, wie z. B. die Auslieferung der deutschen Flotte, nicht nach ihrem richtigen Wert geschätzt worden sei, so würden Barthou und seine Kollegen es sich sicherlich zur Ehre anrechnen, die betreffenden Zahlen richtigzustellen und mit der strikten Wahrheit in Einklang zu bringen.

Im „Petit Parisien“ führt Millet aus, die Rede Stresemanns bedeute wohl eine Veränderung in der Melodie, aber nicht eine Änderung des Textes. Die Basis der Stresemannschen Rede sei im wesentlichen die gleiche wie die der Reden der früheren Kanzler. Wenn man sich in Deutschland an das Angebot Stresemanns halte, so sei

das Problem noch weit von seiner Lösung

entfernt. Nichts deutete auf eine Änderung des Kapitals vom passiven Widerstand hin, wenn auch eine leise Lockerung des Tones zu verzeichnen sei. Besonders läßt es Millet, daß Stresemann der deutschen öffentlichen Meinung anrät, nicht auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten zu rechnen, und von dort her eine Rettung Deutschlands aus seinen augenblicklichen Schwierigkeiten zu erwarten. Millet meint jedoch, daß Stresemann in dieser Erkenntnis nicht weit genug gegangen sei. Sowohl in Deutschland, als auch in England müsse man wissen, daß es das Beste sei, wenn der passive Widerstand aufhöre. Dadurch würde eine Veränderung im Charakter der Besetzung erreicht werden, wie sie die französische Regierung bereits offen darzulegen habe.

Für den Berliner Korrespondenten des „Echo de Paris“, der ebenfalls den gemäßigten Ton Stresemanns und vor allen Dingen seine persönliche Höflichkeit hervorhebt, gehen die Erwartungen des Reichskanzlers nicht so weit, wie man ursprünglich erwartet habe. Jedoch könne man aus der Rede Stresemanns im Ganzen erkennen, daß er den Wunsch habe, die Verhandlungen fortzusetzen. Man hätte gehofft, daß Stresemann eine Brücke schlagen werde, um den Konflikt zu lösen, aber der Reichskanzler habe sich damit begnügt, vorsichtig gegen das andere Ufer vorzurücken, indem er Steine in den Wasserlauf lege, um die

Führer nach einer Lösung

auszustrecken, nicht aber, um eine endgültige und einheitliche Regelung durchzusetzen.

Das „Petit Journal“ schreibt, Stresemann sei nicht weniger heutzutage als Cuno, und etwas anderes habe man von ihm auch nicht erwarten können. Daß er es aber gewagt habe, vor einer Versammlung von Industriellen zu erklären, seine Regierung werde sich nicht davon scheuen, Hand an die wirklichen Vermögenswerte zu legen, sei durchaus neu. Es sei dies ein Beweis für den

Willen Deutschlands, aus dem finanziellen Chaos herauszukommen.

Es sei dies auch das einzige Mittel, über das Deutschland verfüge, wenn es seinen Verpflichtungen gerecht werden wolle. Das Blatt bezeichnet dann als eine weitere Veränderung im Ton den Umstand, daß Stresemann über die Ruhrbesetzung und die Rheinlandsfrage ohne Bitterkeit gesprochen und nicht die üblichen, bereits allzu bekannten propagandistischen Phrasen vom Stapel gelassen habe. Es sei ferner von Nutzen, daß Stresemann der Illusion einer Auflösung der Entente entgegengetreten sei. In manchen Punkten begegneten sich die Ausführungen Stresemanns mit den Erklärungen Poincarés. Es bleibe nur der Weg zu ihrer Vermittlung zu suchen übrig.

Der „Figaro“ bezeichnet die Rede als einen äußerst geschickten Schritt der Stresemannschen Diplomatie. Der Kanzler habe sich bemüht, einen Weg für eine Einigung mit den Alliierten zu finden, ja sogar für ein direktes Verhandeln mit Frankreich. Der Ton seiner Rede sei gemäßigter, ja sogar verständlicher. Die Rede Stresemanns bedeute eine offenbare Annäherung an den französischen Standpunkt. Ebenso wie Poincaré lege Stresemann Wert darauf,

ein positives Programm

aufzustellen, und ebenso wie Poincaré sehe er auf wirtschaftlichem Gebiet die Möglichkeit einer zünftigen Vereinbarung. Im ganzen genommen bringe die Rede nicht viel Neues und unmittelbares zu Vermittlichenden. Aber trotzdem habe sich der Himmel aufgeklärt und man habe den Eindruck einer Entspannung.

„Le Devoir“ schreibt, Stresemann wünsche entschieden, der Mann zu sein, mit dem man reden könne. Aber es fehle noch ein gewisses Etwas in seiner Rede, nämlich eine Andeutung auf den

Verzicht auf den passiven Widerstand.

Poincaré habe in seiner letzten Note an England dargelegt, zu welchen Konzessionen er bereit sei, wenn Deutschland auf den passiven Widerstand verzichte. Stresemann habe es unterlassen, diese Möglichkeit einer ersten Einigung aufzugreifen. Ein dahingehender Satz fehle in seiner Rede und es sei damit die Gefahr gegeben, daß der günstige Eindruck, den die Rede Stresemanns mache, eben auch nur ein bloßer Eindruck bleiben wird.

Die Aufnahme in England.

London, 25. August. (WTB.) Die gestrige Rede des Reichskanzlers wird von der Presse an erster Stelle veröffentlicht. Die Blätter heben besonders die

glückliche verjüngliche Fassung

der Rede hervor, sowie den Umstand, daß der Reichskanzler den Franzosen eine Verständigung in der Reparationsfrage nahelegt. Die Zurückweisung des Gedanken, daß Deutschland durch Reinigungsmaßnahmen zwischen Frankreich und England Gewinn haben könne, wird ebenfalls beachtet. — „Daily Chronicle“ überschreibt die Erklärung Stresemanns: „Deutschlands Angebot an Europa. Opfer für das Vaterland, aber nicht opfern des Vaterlands.“ — Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, Stresemann habe durch seine gestrige Rede eine Grundlage für die Wiedereröffnung der Ruhr- und Reparationsverhandlungen geschaffen. Es werde für bezeichnend gehalten, daß der Reichskanzler einem

Wortstreit über den passiven Widerstand

aus dem Wege ging und offenkundig vermied, Frankreich zu ver-
sehen.

In einem Leitartikel schreibt die „Times“, Stresemann habe gestern gewisse Erklärungen abgegeben, die als ein endgültiger Beitrag zu einer Regelung angesehen werden könnten. Stresemann sei sich des Ernstes der allgemeinen Lage bewußt, um die Notwendigkeit zu erkennen, seine Worte sorgfältig zu wählen. Vielleicht sei die Tatsache, daß er seine Worte zu wählen und in kühnem praktischen Ton zu sprechen verstehe, auf eine plötzliche Erkenntnis aller Klassen Deutschlands der dringenden Notwendigkeit einer Klaren, auf Vernunft gegründeten, Regelung zurückzuführen. Wenn dem so sei, dann hätten die Worte des Kanzlers weit mehr als eine formelle oder persönliche Bedeutung. Stresemann erweitere die Bedeutung des letzten deutschen Angebots, denn er begehe die latenten Möglichkeiten der deutschen Industrie nicht nur als ein Pfand, sondern mit dem französischen Ausdruck als „produktives Pfand“. „Times“ erklärt, das gestrige Angebot Stresemanns verdiene sorgfältige Erwägung. Bis zu welchem Grade das Angebot verwirklicht werden könne, werde in der Rede des Kanzlers nicht bestimmt umschrieben. Seine weiteren Bemerkungen zeigten, daß, während er sich weigere, das Ruhrgebiet als produktives Pfand für Reparationszwecke anzusehen, er bereit sei

Alternativgarantien

anzubieten. Die Rede sei eine geschickte Äußerung, mit der Absicht, die Verhandlungen zu fördern. „Times“ schließt: „Eine derartige Erklärung von Seiten des deutschen Kanzlers ist in der augenblicklichen Krise entschieden dienlich. Wir wünschen, etwas derartiges hätte schon früher gesagt werden können, als die gesamten Aussichten günstiger waren.“

Die belgische Note.

Paris, 25. August. (TL.) Die belgische Note traf gestern abend hier ein. In einem ersten Abschnitt werden die englischen Behauptungen bezüglich der belgischen Priorität widerlegt. Weiterhin wird zu der Gesehmöglichkeit des Ruhrunternehmens Stellung genommen und ausgeführt, daß Belgien sich den diesbezüglichen Standpunkt Poincarés, wie er in der französischen Note zum Ausdruck gebracht wird, zu eigen mache. Dem Brüsseler Korrespondenten der „Daily Mail“ zufolge betonen die belgischen Minister in dem Schriftstück gleichfalls, daß das Notensystem ausgegeben werden müsse und zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens eine direkte Unterhaltung aufgenommen werden müsse.

Dunkle Spekulationen gegen die Mark.

Der heutige Börsenruhetag, an dem auch keine Devisennotierungen stattfanden, war von den wilden Gerüchten beherrscht. Während die Schluschkurse aus dem Vortag 4,4 Millionen für den Dollar entsprachen und im heutigen Frühverkehr in Berlin Kurse von 4.500.000 mit abgeschwächter Tendenz gesprochen wurden, hörte man gegen Mittag im Verkehr von Bureau zu Bureau Kurse von 5.500.000 bis 5.800.000 für den Dollar und circa 25 Millionen für das englische Pfund. Teilweise hatte, wenn auch vorübergehend, der Dollar im Bureauverkehr einen Stand von 6 Millionen erreicht. Man ist sich in Bankkreisen darüber klar, daß diese übertriebene Steigerung des Dollars zum größten Teil irgendwelchen dunklen Spekulationsgeschäften zuzuschreiben ist.

Zum anderen Teil mag allerdings ja auch die Möglichkeit eines Streiks bei der Reichsbank dazu beigetragen haben, die Mark erneut herabzudrücken. Auch von der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank, die gegen 1 Uhr noch nicht beendet war, erwartete man einige Ueberraschung. Das neuerliche Hinausschnellen des Dollars überrascht alle ernstesten Kreise der Bankwelt. Man hatte in Anbetracht der günstigen Aufnahme, die die Rede Stresemanns im Auslande, nicht zuletzt in Frankreich, gefunden hatte, eher eine Fortsetzung des gestrigen Rückganges am Devisenmarkt erwartet. Man ist überwiegend der Ansicht, daß die Regierung alles tun muß, um zu verhindern, daß gewisse nicht einwandfreie Elemente ihr in den Rücken fallen.

Das Berliner Verkehrsproblem.

Von Ernst Reuter.

Die Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin, die lange vor dem Kriege von allen weitschauenden Kommunalpolitikern als unbedingte Notwendigkeit erkannt wurde, hat erst zustande kommen können, weil die vollständige Veränderung der politischen Machtverhältnisse dem törichtsten Widerstand der bürgerlichen Parteien keinen Spielraum mehr ließ. Ihre Vorteile haben sich bis heute in dem Bewußtsein der Bevölkerung nicht entfernt so auswirken können, wie man beim Zustandekommen des Gesetzes annehmen konnte. Trotzdem müssen die heftigsten Gegner der Bildung dieser Einheitsgemeinde zugeben, daß die Gesetzgebung nicht mehr rückwärts revidiert werden kann. Am stärksten sprechen dafür die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile der neuen Stadtgemeinde.

Auf dem Gebiete des Groß-Berliner Verkehrs hat die Eingemeindung nur die Zusammenlegung sämtlicher Straßenbahnen zu einem Unternehmen in städtischem Betribe bringen können. Die Befähigung dieses Betriebes, die bevorstehende Umwandlung in eine Gesellschaft scheint den Demagogen recht zu geben, die, die mangelnde Kenntnis des Publikums wider besseren Wissens ausnutzend, die augenblicklich katastrophale Lage, die die Straßenbahn mit zahllosen Privatbetrieben teilt, dem kommunalen Betrieb in die Schuhe schieben zu wollen. In Wirklichkeit sind die Schwierigkeiten der Straßenbahn Folgeerscheinungen der sich überstürzenden Inflationsentwicklung und haben gar nichts mit guter oder schlechter Leitung des Unternehmens zu tun. Sie werden gewiß verschärft dadurch, daß die Arbeiter dieses Betriebes nach dem Reichsarbeiterlohn bezahlt werden, der günstigere Bedingungen bietet als z. B. der Tarif der Hoch- und Untergrundbahn. Die Schwierigkeiten werden aber auch dadurch verschärft — und das pflegt die bürgerliche Presse mit Vorliebe zu verschweigen —, daß vor Uebernahme des Unternehmens durch die Stadt mit einer ganzen Reihe leitender Angestellten, Direktoren und Syndizi auf 10 Jahre laufende Verträge abgeschlossen sind und dadurch die Stadt zur Zahlung von Gehältern gezwungen ist, die zum Teil über die Gehälter der Stadträte hinausgehen. Das bedeutet selbstverständlich eine schwere und laufende Belastung des Betriebes. Trotz alledem ist das Straßenbahnunternehmen in seinem Kern durchaus gesund. In den zwei Jahren seit der Uebernahme durch die Stadt sind — wie von allen sachlich Urteilenden zugegeben wird — bedeutende und wertvolle Verbesserungen technischer wie organisatorischer Art und Erweiterungen der Anlagen und Werkstätten vorgenommen, die die innere Rentabilität wesentlich erhöht haben. Trotz aller Schwierigkeiten, die gerade in Berlin der Straßenbahn unter den besonderen Nachkriegsverhältnissen beschert worden sind, ist die Bahn immer dann, wenn die Marktentwertung einigermaßen zum Stillstand kam oder nicht ein allzu stürmisches Tempo einschlug, ein Defizitunternehmen gewesen. Noch bis in den Sommer dieses Jahres hinein gelang es nach den belästigenden Auswirkungen des Marksturzes vom Herbst 1922 Einnahmen und Ausgaben wieder in Einklang zu bringen und den Verkehr von Woche zu Woche zu nehmen zu lassen.

Das schwerste Hemmnis einer gesunden und normalen Entwicklung der Bahn, die fast nie mehr als 5 bis 6 Goldpfennige für eine Fahrt in den letzten Jahren erhoben hat und oft noch darunter geblieben ist, war die durch die Unterstützung der Notensprende ermöglichte Unterbietung ihrer Tarife durch die Stadt- und Ringbahn. Diese Unterbietung, die durchaus kein Vorteil für die Bevölkerung ist, denn sie wird mit Hilfe der Inflationssteuer und einer ungebührlichen Verteuerung der Frachten von den breiten Massen bezahlt, hat nicht nur eine schwere Gefährdung des Straßenbahnunternehmens zur Folge gehabt. Sie führte auch zu einer sinn- und systemlosen Verschwendung von Milliarden, die doch letzten Endes von der Bevölkerung aufgebracht werden mußten. Die horrenden Zuschüsse, die die Stadt- und Ringbahn erforderten, mußten zum Teil in Anlagen und Erneuerungsarbeiten hineingesteckt werden, die vom gesamten Berliner Verkehrsstandpunkt aus als unzumutbar und planlos, d. h. als Vergeudung bezeichnet werden müssen. Wenn der „Vorwärts“ immer wieder ganz mit Recht die Tarifgemeinschaft der Berliner Verkehrsunternehmen gefordert hat, so geschah das nicht, um, wie ein Teil der bürgerlichen Presse wider besseres Wissen schrieb, der Bevölkerung nur den Verkehr auf der Stadt- und Ringbahn zu verteuern, damit das „bankrotte städtische Unternehmen weiter existieren könnte“. Die Forderung wurde erhoben, weil die Planlosigkeit der Berliner Verkehrsanlagen unbedingt durch den Ausbau einer einheitlichen Leitung und, was noch wichtiger ist, Finanzierung der künftigen Erweiterungen und Neubauten beseitigt werden muß. Stadt-, Ring- und Vorortbahnen werden augenblicklich als Anhangsel der Reichsbahn behandelt. Ihr systematischer Ausbau, ihre planmäßige Verbindung mit den übrigen Berliner Verkehrsmitteln, die bringend notwendige Elektrifizierung usw. muß vom Berliner Standpunkt aus darunter leiden, daß alle diese Fragen nicht als spezielle Fragen des großen Berliner Industriegebiets behandelt werden. Eine Zusammenlegung der Verkehrsunternehmen würde auch den Ausbau des Untergrundbahnnetzes, das die technisch veraltete Straßenbahn überflüssig machen würde, ungeheuer erleichtern. Die Pläne für den Ausbau eines solchen Netzes liegen vor. Eine

Spätere Zeit wird kaum die Latenzlosigkeit begreifen, mit der man z. B. den Torso der AEG-Bahn jahrelang hat liegen lassen. Dem Berliner Verkehr wird nur geholfen werden, wenn durch die Schaffung einer solchen wirklichen Verkehrsgemeinschaft ein großes kapitalträchtiges, auf festen Füßen stehendes Unternehmen gebildet wird, das dann gestiftet auch die Verbindung mit private m Kapital eingehen könnte, dessen Mitarbeit bei dem Ausbau der Berliner Verkehrswege ja doch nicht wird entbehrt werden können.

Es scheint nicht ausgeschlossen, daß augenblicklich der psychologische Moment gekommen ist, endlich die Lösung dieser Aufgabe in die Hand zu nehmen. Letzten Endes hat man doch Groß-Berlin gebildet, damit eine solche einheitliche Lösung gefunden werden könnte. Die zahllosen Vorschläge, die überall kolportiert werden und die letzten Endes darauf hinauslaufen, daß der Straßenbahn ihre hohen Tarife vorgeworfen werden, gehen in die Irre. Fachleute werfen umgekehrt der Berliner Straßenbahn vor, daß sie mehr als einmal mit Tarifserhöhungen zu spät eingeseht habe, weil sie unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Konkurrenz anderer Unternehmungen gestanden habe. Eine Gesundung der wirtschaftlichen Lage der Straßenbahn hängt nicht von einer künstlich niedrigen Tarifsetzung (s. a. die „Boffische Zeitung“ vom Freitag früh), sondern von der Beseitigung des Marktverfalls ab. In zwei bis drei Monaten stabiler Währung lassen sich die augenblicklichen Schwierigkeiten sehr leicht überwinden.

Aus diesem Grunde hat die Stadt auch gar keine Veranlassung, dem doktrinären Ruf der Michaelis und Genossen nach Auslieferung an das Privatkapital nachzugeben. Die Bildung einer Aktiengesellschaft und der Verkauf eines Teiles der Aktien an der Börse würde nicht dem Substanzwert der Straßenbahn zugute kommen, sondern nur die Mittel beschaffen, um über eine kritische Periode hinwegzukommen. Die Stadt hätte dann Goldwerte gegen Papier aus der Hand gegeben, ohne daß ein innerer wirtschaftlicher dauernder Vorteil für sie erreicht wäre. In Wirklichkeit soll ja mit der Gesellschaftsbildung auch nur der Abbau der Löhne erreicht werden, während Beamte und Angestellte, gestützt auf „wohlerworbene Rechte“, weiter beträchtliche Gehälter beziehen. Eine solche Lösung wäre nur eine Scheinlösung und ein schwerer Schaden für die Stadt und für die Bevölkerung. Es muß vielmehr gefordert werden, daß die Reichsregierung den finanziellen und wirtschaftlichen Weitsicht aufbringt, den gordischen Knoten der Geheimratsinstanzen zu durchhauen. Das Groß-Berliner Industriegebiet muß eine einheitliche Verkehrsleitung erhalten. So nur wird es möglich sein, Tarif und Lohnfragen den wirtschaftlichen Möglichkeiten gerecht anzupassen und den dringend notwendigen Ausbau der Verkehrswege in Hände zu legen, die sich die Förderung des Berliner Lokalverkehrs zur Hauptaufgabe machen. Damit allein kann eine weitsichtige produktionsfördernde wirklich moderne Verkehrs politik getrieben werden. Hoffentlich entläßt der neue Reichsverkehrsminister nicht die Hoffnungen, die man hier auf seine höhere nicht von Ressortbedürfnissen eingeeingte Einsicht setzt.

Berliner Echo der Stresemann-Rede.

Die RPD-Macht am Rhein.

Die Rede des Reichszanlers Dr. Stresemann findet in der Presse der Rechten nur gedämpfte Kritik. Es wird bemängelt, daß sich der Reichszanler nicht mit schärferen Ausdrücken gegen die französische Gewalt Herrschaft gewendet hat. Die „Kreuzzeitung“ fürchtet, mancher, „der unter der Kapitulation von Poincarés Schergen schmachtet“, werde die Rede „mit einer gewissen Enttäuschung beiseite legen“. Wir meinen im Gegenteil, das Rhein- und Ruhrgebiet müsse schon bemerkt haben, daß ihr mit den heftigeren und nicht immer geschickt gefassten Worten der Cuno-Reden nicht geholfen wurde. Dagegen kann die Erklärung, daß das unbesezte Deutschland zu jedem Opfer bereit sei, nur beitragen, den inneren Zusammenhalt zu festigen.

Das Versuchstheater.

Die Gesellschaft „Das Theater“, die sich eine geschlossene Kunst, hat das Mysterienpiel „Bakor Ephraim Magnus“ aufgeführt und mit dieser Vorstellung eine Arbeit begonnen, die nach der programmatischen Ankündigung empfohlen werden soll. Man will nämlich sieben junge Dramatiker, die schwachend vor geschlossenen Direktionsangelen wariert, auf die Bühne bringen. Der Jugend wird Hilfe versprochen.

Der erste Abend. Ein allzu jugendlicher Dramatiker, der gleichzeitig schon Spuren der Verwelsung zeigt, Kinstestum und Ozeientum gemischt, also eigentlich eine Natur, die mit bedenklicher Logik von unserer verfluchten Zeit herausgedrückt wurde. Ein schwachender Dichter gewiß, aber auch ein schwächlicher. Hans Hennrich will das Heimlichste, das Symbolische ist für alle Menschen, aus einem Bruderpaar und dessen Schwester herausziehen. Das Verborgene sei die tiefe Vererbung und Vererbung der geschichtlichen Brandst und Angst. Zwei Brüder, eine Frau, alle Kinder eines Pfarrers, der in laienhafter Furcht stirbt, sein Sterbliches allzu hoch geschätzt zu haben. Nun sind die Erben dieses Blutes sehr ungewöhnlich. Der Sohn Jakob, ein pathetischer Wollüstling. Da ihn keine Frau befriedigt und besänftigt, wird er zum Lustmörder. Die Gerechtigkeit verlangt seinen Kopf. Und Ephraim, der zweite, ein schwer heimgefügter Ntze, den trotzdem die Sehnsucht zu der eigenen Schwester hinzieht. Als der Wohlwille ihn nicht mehr verläßt, mordet er eiferstchtig die beehrte Schwester. Lustmord und Ntze, die Schauerromantik des Tölpelhauser Großmann gemischt mit religiöser Ertlake, das ergibt etwas Gräßliches, und doch kann man es übersehen. Etwas höchst Unbildliches kam von einem Manne, der sicher aus lauter Dichterschem zusammengeleitet ist, diese rätselvolle und peinvolle Veranlagung wird von dem oberflächlichen Beobachter schäntweg beschimpft. Das darf aber nicht geschehen. Der gleich am Anfang seiner Laufbahn verkehrte und vielleicht auch gar nicht mehr heilbare Dramatiker Sahn ist ein armes Opfer unserer Tage. Das Volk mühte sich solcher Kunstfertigkeiten annehmen. In dem Dichter ist nämlich eben eine sehr fröhliche Begabung aufgestapelt, er konnte aber niemals an das Leben heran. Die Seelenprobleme, die er ausgrübelt, sind die Probleme des loyal Entzweieten. Die Worte, die er formt, sind oft die ekelhaften Ueberreibungen des Menschen, denen allzu lange Maulsperr aufzuerlegt wurde. Diese Theaterkunst hat schenbar wenig mit dem Volke zu tun. Sie ist aber nicht die Verkäuflichkeit einer Oberschicht, die sich im Dreck aufisiert, es ist die ungeführte Sehnsuchtskunst einer Unterschicht, die sich kulturell noch nicht zurechtfinden konnte.

„Das Theater“ hat beinahe gemeinnützige Arbeit geleistet, da es dieses Stück auführte. Es wurde übrigens mit Kunstmitteln gearbeitet, die sich gut verteidigen lassen. Arnold Bronnen, der strenge Naturalist dieser niedrigen Wirklichkeit, dessen Tragödie „Batermord“ die Reugierde und die Aufmerksamkeit lebhaft beschäftigte, führt seinen Kameraden die Regie. Ein gürnder Dichter trat für den anderen in den Kampf. Der Gedanke hieran hat etwas Bewegendes. Dem Regisseur fallen malerische Schön-

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ bedauert, daß der Reichszanler „absichtlich alles unberührt lassen wollte, was den Gegensatz zu Frankreich unterstreichen würde“. Im übrigen bekennet sie sich zu der wenig trostreichen Meinung, Deutschland könne sich das Rheinland nur erhalten, wenn es Frankreich „die geballte Faust“ entgegensetzen könne. Auch sie wird bei ruhiger Lieberlegung zugeben müssen, daß „die geballte Faust“ gegen Maschinengewehre, Tanks und Flugzeuggeschwader nichts ausrichten kann.

Der Gedanke der „Deutschen Tageszeitung“ wird aber von der „Kofen Fahnne“ mit großem Eifer aufgenommen und in ihrer Weise weitergesponnen. Sie erklärt, die militärische Gewalt, um Frankreich zur Räumung zu zwingen, werde eine bürgerliche Regierung niemals haben. Also soll die berühmte „Arbeiter- und Bauernregierung“ gebildet werden, um im Bunde mit Russland die Franzosen militärisch zurückzuschlagen. Im übrigen versichert das kommunistische Zentralorgan: „Der Kommunismus ist heute die einzige Macht, die die deutsche Bourgeoisie und die Stresemann-Regierung daran hindert, unverzüglich vor Poincaré zu kapitulieren.“ Danach hätte die Stresemann-Regierung längst Rhein und Ruhr preisgegeben, wenn nicht die tapfere RPD da wäre, um sie daran zu hindern.

Hinter dieser kindlichen Großsprecherei steckt immerhin ein politischer Gedanke, der freilich nicht in Berliner Köpfen, sondern in Moskau seinen Sitz hat. Die russische Regierung hat vorläufig ein Interesse daran, die Schwierigkeiten Frankreichs zu vermehren. Darum hat sie den deutschen Kommunisten befohlen, national begeistert zu sein, und seitdem schwört man in Berlin zu Hermann, dem Cherusker, so wie es Moskau befehlt. Der deutsch-französische Konflikt soll als Schrittmacher dienen für die Bolschewisierung Europas, die Poincaré als Gegenspieler mit allen Mitteln herbeizuführen bemüht ist.

Das Ergebnis dieses Spiels wäre zwar ein katastrophaler Niedergang des sozialistischen Gedankens und der europäischen Arbeiterbewegung, aber eine ungeheure Stärkung der russischen Macht. Weiß Herr Poincaré, was er an den baltischen Staaten, an der Tschechoslowakei, an Polen, an ganz Europa tut, oder weiß er es nicht? Und wenn er es nicht weiß, wird es ihm gesagt werden?

Stresemann in München.

München, 25. August. (W.F.B.) Reichszanler Dr. Stresemann traf mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug um 8.50 Uhr heute in München ein. In seiner Begleitung befand sich der Chef der Reichszanlei, Freiherr von Rheinbaben. Zur Begrüßung hatten sich am Bahnhof eingefunden: der Gesandte des Reichs in München, Freiherr von Haniel, und Staatsrat Dr. Schmelzle vom Ministerium des Auswärtigen, der den Reichszanler im Namen der bayerischen Staatsregierung begrüßte. Der Kanzler fuhr nach einer kurzen Vorstellung mit Freiherrn von Haniel, der sich ihm angeschlossen, im Automobil nach Rittenwald weiter, wo heute eine Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Dr. von Knilling stattfand. Der Reichszanler wird sich dann nach Vorderriehen begeben und morgen über München die Rückreise antreten.

Bayern reserviert.

„Süßerding's Einseitigkeit.“

München, 25. August. (W.F.B.) Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bedauern bei Besprechung der gestrigen Rede des Reichszanlers, daß der Reichszanler nicht zur moralischen Offensive übergegangen sei und die Rechtswidrigkeit des Versailler Diktats auf das allerdeutlichste nachgewiesen habe, aus welchem auch die Lüge von der deutschen Kriegschuld herrühre. Das Blatt spricht auch Bedenken gegen die innerpolitischen Darlegungen des Reichszanlers in weitem Umfange aus. Mit Bezug auf den heutigen Besuch des Reichszanlers in Bayern schreibt das Blatt, wir würden uns sehr freuen, wenn diese Besprechungen zu einem für das Reich und für Bayern guten Ergebnis führen würden. Gerade weil wir dieses Ergebnis wün-

schten, die gewöhnliche Routine sonst nicht findet. Das Wort allerdings, das schwierigste, das wichtigste Element, blieb noch ziemlich tot. Es ist wahrscheinlich ein Gesetz der Entwicklung, daß die Schauspielerei eher schreibt und springen lernen gleich den arbeitsamen Tieren, daß sie aber nur ganz langsam sprechen lernen — als wenn sie natürliche Menschen wären. Max Hochdorf.

Ein neuer Generalmusikdirektor? Die gestrige Aufführung des „Fidelio“ in der Staatsoper war so etwas wie der Versuch, den in Mannheim beliebten Kapellmeister Erich Kleiner in Berlin ansässig zu machen. Man munkelt, daß er neben einem ersten Posten für das Theater auch die Staatsoperntanzorgelle als Dirigent erhalten soll. Die Intendanten geht der öffentlichen Frage nach der Bezeichnung wichtiger musikalischer Posten an der Oper mit glattem Schweigen aus dem Wege. Um so notwendiger wird es, Aufführungen wie der gestrigen ins Herz zu schauen. Da ist nun ganz offen zu erklären, daß ein mittleres Niveau künstlerischer Prägung nicht überschritten wurde. Die Hauptdarsteller, Frida Leider, Abendroth und Schorr wurden ihren Aufgaben mit großem Können und schönen Stimmen gerecht; die unmögliche Souffrette, die eine kindlich-einfältige Marcelline hinstellte, und der Florestan Tänzer, fachtechnisch bis in die Stimmwänder, muß hingenommen werden. In der Regie war nichts von dem Willen zu spüren, ein Freiheitsdrama der heutigen Sehnsucht nach Befreiung irgendwie anzupassen, in der Befangenheit etwa die düstere aufbegehrende Gewalt der Unterdrückten fühlen zu lassen. Diese und ähnliche Dürftigkeiten konnten nun durch die Kunst weitgemacht werden; ein Kapellmeister von hohem Rang mußte das zumegebringen.

Erich Kleiner begann mit einer völlig verschleppten „Fidelio“-Ouvertüre, hatte in anderthalb Taktten kaum den Trieb und den Mut, Stimmung in die Soffisten hineinzutragen, und schwang sich erst in der dritten Leonore zu einem packenden musikalischen Bekenntnis aus. Er verteilte sein Interesse an das Signalisieren der Einsätze, macht das mit einem hohen Maß an Gewissenhaftigkeit und Aufmerksamkeit, vergißt dabei aber, daß es mehr wert ist, aus dem Klangkörper Singlichkeit und Schönheit herauszuholen. Die Pause wurde endlos, das Tempo ein ewiges Rubato, wenn die Sänger vorwärts drängten, so fügte Kleiner sich nicht, sondern hantelte noch die Aufführung. Ist das kein Bescheid und kein Wille gewesen, so muß man erkennen, daß aus diesem Willen keine Vorstellung wurde. Die Sehnsucht und die Liebe und das Leidens können dieses Kapellmeisters von Uebung waren nicht recht übertragbar. Es kamen Tugendfälle, wo Sänger und Orchester, Chor und Instrumente um viele Nuancen im Rhythmus, in Zusammenstimmungen auseinanderriefen. Ein persönliches Profil, ein musikalisches Eigenes zeigte die ganze Aufführung nicht. Die Leonore-Duettliede gelang gut und brachte elementaren Beifall eines Publikums, das vielleicht nur dieser bekannten Nummer zu Liebe hergekommen war. Alles in allem: ein mittelguter, perfekter, genauer, in seinen Wesen sympathischer, nicht immer ganz präziser Kapellmeister. „Nach Wallhoff laugt er mir nicht“.

Kurt Singer.

schen, hatten wir uns für verpflichtet, dem Reichszanler zu sagen, daß das Riftrauen, das über seine Kabinettszusammenlegung in weiten Kreisen Bayerns erregt hat, durch die Einseitigkeit Hilferdings und durch seine Schwermut über die notwendige Steigerung der Arbeitsleistung und Produktion nicht gemindert wird.

Günstige Ernte in Bayern.

München, 25. August. (W.F.B.) Ueber die Ernteaussichten in Bayern teilt das statistische Landesamt mit, daß das Ergebnis für die Getreideernte in Bayern, was den Durchschnitt im Gesamt-ertrag anbelangt, in diesem Jahre allgemein bei weitem besser beurteilt werde als im Vorjahre.

Verständigung mit Frankreich!

In der Wiener „Arbeiterzeitung“ tritt Genosse Karl Kautsky für eine energische, aktive Verständigungspolitik ein. Auch dann, wenn die Besiegten Deutschlands ihre Schuldigkeit tun, ist das Reich noch nicht gerettet. Die Sanierung des Reichsbudgets, der Zahlungsbilanz, der Währung sei nur die eine der Aufgaben der Stunde. Die andere sei die Verständigung mit Frankreich.

Wie soll eine solche Verständigung erzielt werden? Kautsky schreibt darüber:

„Ein jeder Versuch einer Verständigung mit Frankreich muß sich freilich von allen Zweideutigkeiten und Unbestimmtheiten, um auch der Gegenseite keinen Raum zur Verschleierung ihrer wirklichen Absichten mehr zu lassen. Will die französische Regierung wirklich nicht mehr, als daß das deutsche Volk nach Kräften dem französischen hilft, die Kriegsfolgen zu überwinden, dann muß bei ehrlichem Willen auf beiden Seiten eine Verständigung möglich sein. Will die französische Regierung freilich mehr, will sie wirklich Deutschlands Zerstückelung und wirtschaftlichen Ruin, dann wird allerdings auch die klügste und erfüllungswürdigste deutsche Regierung scheitern müssen.“

Die unausbleibliche Folge würde dann Zerfall und Chaos in Deutschland sein. Aber Frankreich würde dieses Sieges nicht froh werden.

Jede Aussicht auf Reparationen wäre für immer dahin, keine Finanzen mehr als je zerrüttet und dabei Frankreich in der ganzen Welt verhaßt und verachtet, auch bei seinem eigenen bisherigen Verbündeten, denen diese Entwicklung, mögen sie Kunden oder Lieferanten Deutschlands sein, tiefste wirtschaftliche Schädigung bringt, sowie Verlängerung und Intensivierung der qualvollen Unruhe und Unsicherheit der letzten Jahre. Vermehrung der Kriegsverluste und endgültigen Verzicht auf jede Reparation. . . . Das ist das logische Ende, dem die französische Allmacht unvermeidlich zuteil ist, sobald sie einmal durch den Untergang Deutschlands begründet ist. Frankreich hat heute die Macht, Deutschland zu zerstören, aber der Untergang zieht den Sieger selbst in den Abgrund nach.“

So werde es kommen, wenn sich Frankreich unerbitlich zeigt. Indessen stehe noch keineswegs fest, daß dem so sein müsse. Es werde viel von der Geschicklichkeit, der Klarheit, dem Entgegenkommen der deutschen Regierung abhängen, ob in den nächsten Wochen in Frankreich die Vernichtungswille oder der Verständigungswille die Oberhand behält.

Aber in der großen Schicksalswende, vor der wir jetzt stehen, werden die Regierungen allein nicht entscheiden.

„Es wird der Regierung kaum gelingen, den Besiegten Deutschlands die nötigen Opfer zur Beendigung des Währungschaos aufzuerlegen, wenn nicht die sozialistischen Massen mit voller Energie hinter ihren Vertretern im Kabinett stehen. Und es wird dem friablebenden, verständigungsbereiten Frankreich kaum gelingen, mit dem krieglusternen Frankreich der Generale und Schieber fertig zu werden, wenn nicht auch die sozialistischen Massen ihre volle Energie aufbieten.“

Kautsky appelliert zum Schluß an die gesamte Internationale, die Aktion zu unterstützen, zu der die deutsche Sozialdemokratie die Initiative ergriffen hat. Einen Erfolg können wir nur erwarten, wenn jeder seine Schuldigkeit tut, um den Frieden und die Zukunft Europas zu retten.

Die Heimkehr der narcolisksten Bienen. Bienen, die eben geschwärmt haben und in einen neuen Stock versetzt worden sind, kehren nach jedem Ausflug an diesen neuen Wohnort zurück. Diese Heimkehrfähigkeit der Bienen gehört zu den geheimnisvollen Kräften dieser kleinen Tiere, und die Erklärung dieser Gabe hat die Wissenschaft seit langem beschäftigt. Der Bienenforscher Bethe wollte diese Fähigkeit der Bienen auf eine angeborene „unbekannte Kraft“ zurückführen. Andere Forscher haben angenommen, daß diese Gabe auf individuellen Erfahrungen der Bienen beruhe, die sie bei ihren ersten orientierten Ausflügen gesammelt haben. Nunmehr hat Lothar Tkalac neue Versuche angestellt, über deren Ergebnisse A. von Frisch in den „Naturwissenschaften“ berichtet. Wäre den Bienen wirklich ein „unbekanntes Heimatsinn“ eigen, so müßte das Auffinden des neuen Wohnorts von vornherein mit der gleichen Sicherheit erfolgen wie später. Beruht diese Fähigkeit aber auf Erfahrungen, die sie erst allmählich sammeln müssen, so werden die Bienen nach einigen Tagen auf Grund der besseren Orientierung mit größerer Sicherheit heimfinden als im Anfang. Es handelt sich also darum, festzustellen, ob die Bienen den Weg nach der neuen Wohnung am ersten Tag noch nicht mit derselben Sicherheit finden wie nachher. Dies läßt sich am besten erproben, wenn man die Orientierung zunächst aufhebt und das wurde durch Nethernarkose erreicht. Es wurden aus einem neuen Schwarm einige Dutzend Bienen herausgenommen, die man in tiefe Betäubung versetzte und nach dem Erwachen etwa 6 Meter vom Heimatstock entfernt fliegen ließ. Gleich nach dem Schwärmen sowie nach 1 und 2 Tagen fand keines der so betäubten Tiere noch Hause; am Tage nach dem Schwärmen fanden bereits 30 Proz. aller Bienen den Heimatstock, am 4. Tage 60 bis 70 Proz., am 8. Tage 80 Proz. Damit ist die Anshauung Bethe's von der „unbekannten Kraft“ widerlegt. Die Bienen lernen durch ihre individuellen Erfahrungen die Lage ihres Stockes kennen, und zwar ist ihre Heimkehrfähigkeit um so größer, je länger und je öfter sie zum Stock zurückkommen.

Die Größung der Theaterfollow. Am 1. Sept. eröffnen: das Leistungstheater mit Shakespeares „Julius Cäsar“ „Wie es euch gefällt“; das Deutsche Theater mit „Das Orchester“ „Der Ritt von Wapendorn“; das „Lionel“-Theater mit der „Aufhebung der Verlorenen Tochter“ von Ludwig Kulis; das „Theater im Admiralpalast“ mit einer neuen „Drunter und drüber“.

Urania-Verträge. Die ganze Pose: „N-Berlin in der Siedermeyerzeit“ (in neuer musikalischer Bearbeitung und mit teilweise neuer Rollenbesetzung).

Teufelsdröckchen. Kapellmeister Ignaz Böschler läßt am 1. September auf eigenen Wunsch aus dem Verbande des Deutschen Opernhauses aus.

Ein neuer Direktor an den Berliner Museen. Die Leitung der Antik- und Klassischen Abteilung des Museums für Völkervunde ist dem Kultus- und Erziehungsminister, Prof. Dr. Albert von Goltz, übertragen worden. Gleichzeitig wurde der Direktor der Oskari-Abteilung, Prof. Dr. A. H. Haller, von der ihm mit Beauftragung der Leitung der Indischen Abteilung verbunden. Der 1. Sept. mit Goltz vertritt der Leiter der vordisziplinären Turfan-Expeditionen und damit Bröndel der afrohergen zentralasiatischen Sammlungen der Berliner Museen gewesen.

Die Zahlung der Beamtengehälter.

Beseitigung der Vorauszahlung.

Der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat in seiner Rede vor dem Hauptausschuß angekündigt, daß die Vorauszahlungen der Beamtengehälter wegfallen müssen. In der Tat hat die vierteljährliche Vorauszahlung der Beamtengehälter wie die Vorauszahlung später gewährleisteter Nachzahlungen für die Dauer des Vierteljahres außerordentliche Bedenken. Die ungeheuren Milliardenzahlungen, die auf diese Weise von den Reichskassen zu leisten waren, haben zur Steigerung der Inflation ganz wesentlich beigetragen. Die Beamten selber waren fast zwangsläufig bei der augenblicklichen Geldentwertung genötigt, ihr Gehalt in irgendeiner Form sofort „wertbeständig“ anzulegen. Durch Einkäufe von Lebensmitteln, Kleidungsstücken usw. wurden die Preise gegen Quartalsende ungeheürlich in die Höhe getrieben, der Zustrom bedeutender Gelder an die Börse förderte die Spekulation. So ergab sich eine weitere Steigerung der Schäden der Inflation. Es wird deshalb begrüßt werden, daß mit diesem System jetzt gebrochen werden soll. Um so bedauerlicher ist es, daß, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, am 23. August noch einmal das alte System der Vorauszahlungen bei Beamtengehältern angewandt worden ist. Diese Verfügung zur Auszahlung geht noch auf das Konto des früheren Finanzministers. Mit Recht weist die „D.Z.“ darauf hin, daß auf diese Weise der Beamteneinkommen in der öffentlichen Meinung Vorwurf geleistet wird. Die Sanierung unserer Finanzen und des Etats wird sowieso nicht möglich sein, ohne daß auch hier „wohlerworbene Rechte“ angerührt werden. Ein verarmtes Volk kann sich keine Ueberwälzung der Bürokratie leisten, und es wird Zeit, daß alle Parteien sich zusammenschließen, um auch hier radikal durchzugreifen.

Die Lohn- und Betriebssteuer.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Vom 1. September 1923 ab werden die Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn wiederum erhöht, und zwar auf das fünfzehnfache der für August geltenden Sätze. Sie betragen von diesem Zeitpunkt an:

a) für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich 360 000 M. (bisher 24 000 M.), wöchentlich je 86 400 M. (bisher 5760 M.);

b) für jedes auf dem Steuerbuch vermerkte minderjährige Kind monatlich 240 000 M. (bisher 160 000 M.), wöchentlich 57 600 M. (bisher 38 400 M.);

c) für Werbungskosten und sonstige Abzüge monatlich 3 000 000 M. (bisher 200 000 M.), wöchentlich 720 000 M. (bisher 48 000 M.).

Die einzubehaltenden Steuerbeträge sind in jedem Fall auf volle tausend Mark nach unten abzurunden. Die Fristen für die Verwendung der einbehaltenen Beträge, d. h. beim Markenerfahren für das Einkommen und Entwerten der Steuermarken in den Einkäufbogen der Steuerbücher, beim Ueberweisungsverfahren für die Abführung der einbehaltenen Beträge an die Finanzkasse, sind vom 1. September 1923 ab verläßt worden.

In den Fällen, in denen das Finanzamt bisher auf Antrag genehmigt hatte, daß die Verwendung monatlich einmal (bis zum 10. eines Monats) bzw. zweimal (bis zum 10. und 25. eines Monats) erfolgte, sind künftig

b) die Beträge, die in der Zeit vom 11. bis 20. eines Monats einbehalten worden sind, spätestens bis zum 15.,

b) die Beträge, die in der Zeit vom 11. bis 20. eines Monats einbehalten worden sind, bis zum 25. desselben Monats, und

c) die Beträge, die in der Zeit vom 21. bis zum Schluß eines Monats einbehalten worden sind, bis zum 5. des folgenden Monats zu entrichten.

Dies gilt also in gleicher Weise für das Markenerfahren. Bei Fristverlängerung sind Zuschläge in Höhe des Vierfachen des Rückstandes für jeden angefangenen halben Monat vorzuzahlen.

Auf Grund des Gesetzes über die Besteuerung der Betriebe haben Industrie, gewerbliche und Handelsbetriebe zu den oben bezeichneten Terminen außerdem das Doppelte der in der vorhergehenden Monatsabgabe einbehaltenen Steuerabzugsbeträge als besondere Arbeitsabgabe, erstmalig am 15. September für die Zeit vom 1. bis zum 10. September 1923, zu entrichten. Diese Abgabe ist auch von denjenigen Arbeitgebern, die für ihre Arbeitnehmer Steuermarken verwenden, in bar oder durch Ueberweisung an die Kasse des Finanzamtes der Betriebsstätte oder die vom Landesfinanzamt bezeichnete Kasse abzuführen. Gleichzeitig haben diese Abgabepflichtigen der Kasse eine Bescheinigung zu übersenden, in der verläßt wird, daß die abgeführten Beträge das Doppelte der in der Zeit (Monatsabgabe), für die die Abführung erfolgt, vom Arbeitslohn einbehaltenen Steuerbeträge ausmacht. Die Bescheinigung ist vom Arbeitgeber oder von einer zur Vertretung seiner Firma rechtlich befugten Person zu unterzeichnen. Fristverlängerung hat auch hier die oben bezeichneten Folgen.

Die Ruhrkinderfrage in Lettland.

Genossin Clara Rainin, die Vorsitzende des Ausschusses für Ruhrkinderaufnahme am Generalkonsulat in Lettland, schreibt uns: In Nr. 558 brachte die „Frankf. Ztg.“ eine Notiz von zuständigen deutschen Stellen unter der Überschrift: „Deutsche Ruhrkinder in Lettland“, die durchaus der Wahrheit nicht entspricht.

Die Behauptung, daß die lettische Regierung die Einreise der deutschen Ruhrkinder mit der Begründung verwehrt habe, daß Lettland bereits 1000 unterernährte russische Kinder habe unterbringen müssen, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Hungerleidende russische Kinder sind niemals in Lettland untergebracht worden, auch augenblicklich nicht. Die Uebernahme der Stellungnahme der lettischen Regierung ist durchaus nicht „durch die peinliche Ueberzeugung“, die der Entschluß in Deutschland hervorgerufen habe, beeinflußt worden, sondern durch die Stellungnahme der linken Sozialdemokraten zur Ruhrfrage, die damals ihre Vertreter in der Koalitionsregierung hatten.

Weiter erweckt die Notiz den Eindruck, als ob die Ruhrkinder nur von „deutschen Grundbesitzern und einigen lettischen Landwirten“ aufgenommen worden sind. Auch dies entspricht nicht den Tatsachen. Der erste Transport von ungefähr 200 Kindern, worunter, leider, nur wenige Ruhrkinder waren, wurde vom deutsch-baltischen Frauenverein in Empfang genommen und die Kinder wohl meistens in deutsch-baltischen bürgerlichen Familien untergebracht.

Der zweite Transport dagegen kam für die Reichsdeutschen und für den Ausschuss für Ruhrkinderaufnahme, der vom Zentral-Komitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem Generalkonsulat in Lettland gegründet ist. Dieser Transport bestand hauptsächlich aus unterernährten Ruhrkindern. Die für den Austausch für Ruhrkinderaufnahme angekommenen Kinder sind in lettischen sozialdemokratischen Familien untergebracht und waren lauter Arbeiterkinder aus dem Ruhrgebiet. Die lettische bürgerliche, besonders aber die reaktionäre Presse, verhielt sich feindselig zur Aufnahme der Ruhrkinder in Lettland. Infolgedessen kann auch keine Rede sein von Aufnahme der Ruhrkinder bei „einigen lettischen Landwirten“.

Es ist merkwürdig, daß für die „Frankf. Ztg.“ noch immer in Lettland nur baltische Großgrundbesitzer existieren; tatsächlich aber haben sie seit der Bismarck-Börsen-Affäre ihre politische und wirtschaftliche Stellung in Lettland für immer ausgepielt. Eine Rolle spielen sie aber in der demokratischen „Frankf. Ztg.“ als „zuständige deutsche Stellen“ zu spielen.

Wilde Tarife.

Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, daß unsere Werke zu ihrer Erhaltung unbedingt Einnahmen und Ausgaben in Einklang bringen müssen. Bei der Preisfestsetzung von Woche zu Woche, die sich durch die Geldentwertung immer anders gestalten, und der monatlichen Koffierung, bei der die Berechnung auf Grund der jeweiligen Bestandaufnahme und des jeweiligen Preises erfolgte, hatte man das, was der Kaufmann bisher mit seiner Ware tat, indem er den Friedenspreis mit dem Multiplikator vervielfachte, der sich aus dem jeweiligen Dollarstand ergab, einfach übertragen, aber dabei nicht berücksichtigt, daß der Gasabnehmer nicht wie beim Kaufmann die Ware kaufen kann, wenn er will, sondern man hatte ihn zwangsläufig verpflichtet, den jeweiligen gültigen Preis zu zahlen. Einige Beispiele beweisen, welche sozialen Ungerechtigkeiten sich hieraus ergaben.

In einer früheren Vorortgemeinde wurde an einem Freitag und Sonnabend kassiert bei einem Preise von 6000 M. Die Zahler waren hauptsächlich Landwirte. Am darauf kommenden Montag kassierte man in der Kolonie weiter. Gaspreis 200 000 M. Also der gufführte Landwirt zahlte 6000 M., während der Arbeiter 200 000 M. für dieselbe Ware zahlen mußte. Ein anderes Verhältnis: Zwei Arbeiter mit dem gleichen Lohn an einer Werkstatt; der eine B. hatte 20 Kubikmeter verbraucht, zahlte 6000 M. je Kubikmeter = 120 000 M. S. hatte denselben Verbrauch bei seiner Bestandaufnahme, bei der das Kubikmeter 200 000 M. kostete, zahlte also 4 000 000 M., d. h. 33mal soviel. Wenn man nun den Jahresrat für Gas dieser beiden Arbeiter miteinander vergleicht und dabei annimmt, daß die Gaspreissteigerung in demselben Verhältnis bleiben würde wie bisher — was nicht zu wünschen wäre — und ein Durchschnittspreis von 400 000 M. je Kubikmeter zugrunde liegt, ergäbe sich für B. bei einem Durchschnittsverbrauch von 20 Kubikmetern im Monat folgende Rechnung: 20 × 12 × 400 000 = 96 000 000 M. Da periodisch die Ableitung vorgenommen wird, hätte S. jedesmal das 33fache des Gaspreises zu zahlen, also 96 000 000 × 33.

Durch die beabsichtigte 14 tägliche Ableitung wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein großer Unterschied vermieden. Wird jedoch nach wie vor beibehalten, daß bei späterer Ableitung der neue Preis, wenn dieser sich gegen die Vorperiode geändert hat, bezahlt werden muß, dann würde hier in der sozialen Ungerechtigkeit eine Milderung, jedoch keine Abhilfe geschaffen. Gerecht kann es nur sein, wenn auch bei späterer Ableitung der frühere Preis erhoben wird. Dadurch würde der Gaspreis im allgemeinen infolge zu späteren Einganges von Geld wohl etwas höher, aber die Ungerechtigkeit wäre beseitigt. Warum kassieren wir Gas, Strom, Wasser durch je besondere Abnehmer? Kann dies nicht durch einen Abnehmer vorgenommen werden? Den Vorteil hieraus hätten Gemeinde und Verbraucher. Die Berechnung für die jeweiligen Werke ist von untergeordneter Bedeutung und läßt sich technisch leicht durchführen.

Im Anschluß hieran noch eine Frage an die Gaswerksdirektion, die uns diesen Vorschlag überreicht hat, die sich immer noch nicht in die Stimmung des Volkes einfühen kann und auf ihr formales Recht pocht. Uns wird mitgeteilt, daß bei diesen Gasverbrauchern seit fünf Wochen kein Stand abgelesen wurde. Welcher Preis wird diesen Leuten nun berechnet werden? Bei der geistigen Einstellung dieser famosen Behörde erwarten die unglücklichen Verbraucher das Schlimmste. Man muß ihnen nach den bisherigen Erfahrungen recht geben.

Schlagwortblödsinn.

Ein Aufruf der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion.

Schlagwortblödsinn lang die Kommunisten an Demagogen kaum übertreffen. Heute läßt die kommunistische Stadtverordnetenfraktion unter wüsten Beschimpfungen der Sozialdemokraten einen Aufruf an die Menschheit los, in dem im Namen „aller in ihrer Existenz bedrohten Werktätigen“ die schönsten Dinge der Welt gefordert werden. Die Kommunisten fordern, daß der Betrieb der Straßenbahn „vollständig aufrechterhalten bleibt“, daß kein Arbeiter gekündigt wird und im Gegenteil neue Erwerbslose eingestellt werden. Damit man ihnen nicht vorwerfen kann, sie forderten bloß, ohne sich um die Dedung zu kümmern, machen sie auch in „positiver“ Politik. Zu dem Zweck verlangen sie: Dedung der Fehlbeträge „im Einvernehmen mit der Reichs- und Landesregierung“ (Gott wie Iran) durch die „Erfassung der Sachwerte des städtischen Haus- und Grundbesitzes und Beteiligung der Kommune am Gewinn aller in Berlin gelegenen Handelsstätten und Fabriken“. Diese Erfassung der Sachwerte des Haus- und Grundbesitzes ist köstlich. Vielleicht legen uns die Kommunisten einmal ausnehmend, welche Sachwerte da eigentlich noch zu erfassen sind. Eine solche Parole soll doch offenbar den Sinn haben, weitere Einnahmen zu beschaffen, und das würde doch nur auf eine Steigerung der Mieten hinauslaufen. Aber es klingt halt so schön und man rechnet ja doch mit denen, die über Schlagworte nicht nachdenken. Weiter soll „der Magistrat an die Spitze der um ihrer Existenz ringenden werktätigen Bevölkerung die sofortige Sachwertenerfassung bei der Industrie und der Landwirtschaft fordern“. Sehr gut! Von unten oder von oben, Herr Dörr? Nach dem Rezept von Heinrich Brandler oder von Rus Fischer? Und was geschieht, bis wir das gemacht haben? Was geschieht, wenn das Reich die Sachwertenerfassung für seine Zwecke durchführt? Schließlich kommt das Schöne:

„Die Beförderung der Bevölkerung mit Hausbrandholz zu Preisen, die für die breite Masse erschwinglich. Herabsetzung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität, verbilligte Arbeiterwohnanlagen auf der Straßenbahn, durch Kohlenlieferungen an die städtischen Werke, deren Preis nicht durch Steuer oder Unternehmergewinn belastet ist. Lebensmittellieferung zu niedrigen Preisen an Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene und Sozialrentner.“

Wenn läuft da nicht das Wasser im Munde zusammen bei so viel schönen Dingen, die uns die revolutionäre R.D. erkämpfen wird? Schade nur, daß die Herrschaften zwei Monate lang die Stadtverordneten an der Arbeit gehindert haben, daß sie die Stadt um Milliarden Steuereinnahmen gebracht haben, die die Gewerbetreibenden hätten bezahlen müssen! Schade nur, daß die Kommunisten niemals bisher sich im geringsten Mühe gegeben haben, ernsthaft darüber nachzudenken, wie man alle diese schönen Dinge in die Tat umsetzt. Das haben sie immer mit Vorliebe den Sozialdemokraten überlassen, und vorläufig sehen wir euch noch nicht, daß sie die Absicht hätten, es in Zukunft anders zu machen. Wenn die Kommunisten meinen, daß sie sehr radikal sind, dann irren sie sich. Forberger können mir noch viel mehr und ganz andere Sachen. Es kommt nur darauf an, wer und a h man sie durchführt. Und die Durchführung werden euch in Zukunft wir Sozialdemokraten trotz des kommunistischen Gebrauchs allein in die Hand nehmen.

Nächtliche Schießereien.

Eine Diebesjagd mit Schüssen gab es in der vergangenen Nacht in der Gütshiner Straße. Einem Beamten der Schutzpolizei fiel gegen 2 1/2 Uhr ein Mann auf, der mit einem schweren Paket in den Keller des Hauses Gütshiner Str. 111 hinabsteigen wollte. Als er den Verdächtigen zur Rede stellte, sprang ihm dieser, statt über den Abfall und den Erwerb des Paketes Auskunft zu geben, sofort an die Kehle. Im Ringkampf fielen der Beamte und der Knarreifer zu Boden. Dieser aber raffte sich sofort wieder auf und entfloh nach der Jätkener Brücke zu. Zwei Schüsse, die der Beamte hinter ihm hergab, veranlaßten ihn nicht, stehenzubleiben.

Der Beamte verfolgte ihn weiter, überholte ihn in den Vorgärten, in der Nähe der Jätkener Brücke, auf und gab einen dritten Schuß ab, weil er auch jetzt der Aufforderung noch nicht folgte. Die Kugel traf ihn in den Rücken. Trotzdem lief er weiter, bis er in der Wassertorstraße von anderen Leuten angehalten wurde. Der Beamte brachte ihn nach der Rettungswache in der Gütshiner Straße, wo er als ein 35 Jahre alter Mann namens Karl Raaf aus der Griebenowstraße festgehalten wurde. Die Rettungswache brachte ihn nach dem Krankenhaus am Urban. Sein Paket enthielt verschiedene Metalle, die ohne Zweifel gestohlen sind. Eine Durchsuchung des verdächtigen Kellers förderte ebenfalls Metall zu Tage, Messing usw., das beschlagnahmt wurde. Gegen den Besitzer des Kellers, einen Warenhändler, wird ein Strafverfahren wegen Hehlerei eingeleitet. — Eine noch unaufgeklärte Schießerei lief gestern Abend das Ueberfallkommando der Schutzpolizei in Charlottenburg nach dem Bahahof Herderstraße. Dort hatten mehrere Leute den 41 Jahre alten Arbeiter Heinrich Bradke aus der Polster Straße gebracht, der durch einen Brustschuß schwer verletzt war. Der Schwundete, der einstweilen im Krankenhaus untergebracht wurde, befand sich mit einer Begleiterin in der Jätkenerstraße. Richtig war ein unbekannter Mann von hinten herangekommen, hatte ihm den Hut abgerissen und war damit entlaufen. Bradke verfolgte ihn, wie er sagt, und entriß ihm den Hut wieder. Im Streit mit dem Räuber griff dieser zum Revolver und schoß ihm unterhalb des Herzens eine Kugel in die Brust. Dann entfloh er und entkam. Die Nachforschungen des Ueberfallkommandos blieben bisher ohne Erfolg. Bradke wurde nach dem Krankenhaus Westend gebracht. Seine Verletzung ist nicht lebensgefährlich.

Dann lieber erwerbslos!

Wer erwerbslos wird, muß sich mit einer Unterstüfung befehlen, die zum Sterben vielleicht zu viel, aber zum Leben zu wenig ist. Sollte man es für möglich halten, daß es Vollarbeiter gibt, die mit so jämmerlich niedrigen Löhnen abgepeißt werden, daß ihnen selbst die Einnahme eines Erwerbslosen noch benedenswert hoch erscheint? Der Berliner „Verein für Feuerbestattung“ (man bitte, auf die Firma zu achten), der auch eine Feuerbestattungsgesellschaft „Flamme“ hat, beschäftigt in seinem Bureau mehrere Angestellte und zahlt ihnen so niedrige Gehälter, daß die meisten noch nicht der Unterstüfung eines Erwerbslosen gleichkommen. Noch der zu Anfang dieser Woche erfolgten Neufestsetzung belaufen sich jetzt die Gehälter pro Woche auf etwa 4 Millionen, 3 1/2 Millionen, 2 1/2 Millionen und weniger; und mit solchen Einnahmen sollen sogar Familienerben auskommen. Noch Ende Juli wurde mit einem neuen Bureauangestellten ein Monatsgehalt von 1 1/2 Millionen Mark vereinbart, wofür dann bei dem raschen Fortschreiten der Geldentwertung ein Wochengehalt von etwas über 1 Million Mark und jetzt von 2 1/2 Millionen Mark eingeleistet wurde. Ausschüßstrafe wurden mit Adressenschriften beschäftigt und erhielten noch in der vorigen Woche pro Adresse nur 75 M., so daß selbst bei der kaum denkbaren Leistung von täglich 1000 Adressen nur 75 000 M. pro Tag, also nicht mehr als 450 000 M. pro sechsstägiger Arbeitswoche verdient werden könnten. Wenn die Bedauernswerten, die diesem Feuerbestattungsverein dienen, von ihrem Arbeitgeber auf die Straße gesetzt würden und einstweilen keine andere Arbeit fänden, wären die Familienkinder mit der dann zu zahlenden Erwerbslosenunterstüfung immer noch besser daran als mit ihrem jetzigen Arbeitsverkommen. Wahrscheinlich arbeiten bei dem Feuerbestattungsverein nur Unorganisierte, denn man so etwas bieten kann, wie Mägen wissen, ab den Mitgliedern des Vereins und der Kasse diese Dinge bekannt sind. Ist zur Beförderung der Vereins- und Kassengeschäfte ein Bureau von sechs Angestellten nötig, so müssen auch die Mittel herangeschafft werden, ihnen eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen. Wenn der Verein das nicht kann, dann soll er scheitern, „die Hude zumachen“.

Die Funktionärerversammlung der S.D.Z.

Am Freitag, den 24. August, fand in der Sophienstraße, Weinmeisterstraße, eine Funktionärerversammlung der S.D.Z. statt. Genosse Dr. Lehmann sprach über: „Die wirtschaftliche und politische Lage und die Arbeiterjugend“. Der Referent ging insbesondere auf die Ereignisse der jüngsten Zeit ein. Namentlich die Regierungsumbildung war Gegenstand ausführlicher Erörterungen. Er wies am Schluß seines Referates vor allem darauf hin, daß die Gestaltung unserer ferneren Zukunft ganz in den Händen der Arbeiterjugend und sozialistischen Jugend läge. Von unserer Einsicht und der Kraft und Klarheit unserer politischen und wirtschaftlichen Erkenntnis hänge die Gestaltung der nächsten Zukunft ab. Von der Gelegenheit der Diskussion wurde dann von den Jugendgenossen ausgiebig Gebrauch gemacht. Ein enges Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften und der Partei zur Hebung der wirtschaftlichen Not, namentlich der erwerbslosen Jugend und vor allem eine bessere Vertretung der Interessen der Jugendlichen in den Betrieben wurden dringend gefordert. Einheit und Geschlossenheit unserer Jugendbewegung wurden als Voraussetzungen, die uns ermöglichen, unsere Aufgaben und Ziele Wirklichkeit werden zu lassen, anerkannt und gefordert. Allen Anfeindungen und Widerwärtigkeiten unserer zahlreichen Gegner zum Trotz werden wir vorwärtsstreiten. Keine Träumer, sondern Kämpfer sei unsere Parole in dieser Zeit!

Neuer Preis für marktfreies Brot. Wie der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlin mitteilt, tritt am kommenden Sonntag, den 27. August, eine neue Preisobergrenze für marktfreies Gebäck ein. Von dem genannten Tage ab kosten: Ein marktfreies Brot 560 000 M., ein marktfreies Schrippe 28 000 M., Hörnchen, Kollerbrötchen und Schreden 40 000 M., Plunder- und Blechbrot 50 000 M., Einback das Pfund 560 000 M., Zwieback das Pfund 720 000 M., gebackene Semmel 560 000 M., Backgeld 180 000 M.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

3. Preis Wedding. Versammlungsplatz sind heute Abend in der Spedition Sauer, Müller, abgehoben.
11. Kreis Schöneberg. Wählungsleiter! Heute Sonnabend von 5 1/2 Uhr ab Plakate abholen bei W. Martin-Post-Str. 63.
Jugendlichen Gruppe Treptow. Sonntag Gruppenfahrt in den Wilmershol. Treffpunkt 9 1/2 Uhr Weiserer Bahnhof.

Theater der Woche.

Vom 26. August bis 3. September.

Opernhaus: 26. Ulla. 27. Liebermann. 28. Hofmann. 29. Boheme. 30. Don Giovanni. 31. Anna Lisa. 1. Agnes Borelli. 2. Eridon und Fido. 3. Koffer. 4. Schauspieltage. 5. Rätchen von Helldorn. 7. Wilhelm Tell. 8. Faust. 9. Der arme Teiler. 10. A. Der Gott. 11. Die Teufel. — Koffer-Theater: 1. 26. 27. 28. 29. 30. 31. Der Teufel. 1. 2. 3. 4. Die vier Händchen. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Theater in der Königlichen Oper. 1. Zell. 2. Das erste. 3. Zell. 4. Die vier Händchen. 5. Die vier Händchen. 6. Die vier Händchen. 7. Die vier Händchen. 8. Die vier Händchen. 9. Die vier Händchen. 10. Die vier Händchen. 11. Die vier Händchen. 12. Die vier Händchen. 13. Die vier Händchen. 14. Die vier Händchen. 15. Die vier Händchen. 16. Die vier Händchen. 17. Die vier Händchen. 18. Die vier Händchen. 19. Die vier Händchen. 20. Die vier Händchen. 21. Die vier Händchen. 22. Die vier Händchen. 23. Die vier Händchen. 24. Die vier Händchen. 25. Die vier Händchen. 26. Die vier Händchen. 27. Die vier Händchen. 28. Die vier Händchen. 29. Die vier Händchen. 30. Die vier Händchen. 31. Die vier Händchen. 32. Die vier Händchen. 33. Die vier Händchen. 34. Die vier Händchen. 35. Die vier Händchen. 36. Die vier Händchen. 37. Die vier Händchen. 38. Die vier Händchen. 39. Die vier Händchen. 40. Die vier Händchen. 41. Die vier Händchen. 42. Die vier Händchen. 43. Die vier Händchen. 44. Die vier Händchen. 45. Die vier Händchen. 46. Die vier Händchen. 47. Die vier Händchen. 48. Die vier Händchen. 49. Die vier Händchen. 50. Die vier Händchen. 51. Die vier Händchen. 52. Die vier Händchen. 53. Die vier Händchen. 54. Die vier Händchen. 55. Die vier Händchen. 56. Die vier Händchen. 57. Die vier Händchen. 58. Die vier Händchen. 59. Die vier Händchen. 60. Die vier Händchen. 61. Die vier Händchen. 62. Die vier Händchen. 63. Die vier Händchen. 64. Die vier Händchen. 65. Die vier Händchen. 66. Die vier Händchen. 67. Die vier Händchen. 68. Die vier Händchen. 69. Die vier Händchen. 70. Die vier Händchen. 71. Die vier Händchen. 72. Die vier Händchen. 73. Die vier Händchen. 74. Die vier Händchen. 75. Die vier Händchen. 76. Die vier Händchen. 77. Die vier Händchen. 78. Die vier Händchen. 79. Die vier Händchen. 80. Die vier Händchen. 81. Die vier Händchen. 82. Die vier Händchen. 83. Die vier Händchen. 84. Die vier Händchen. 85. Die vier Händchen. 86. Die vier Händchen. 87. Die vier Händchen. 88. Die vier Händchen. 89. Die vier Händchen. 90. Die vier Händchen. 91. Die vier Händchen. 92. Die vier Händchen. 93. Die vier Händchen. 94. Die vier Händchen. 95. Die vier Händchen. 96. Die vier Händchen. 97. Die vier Händchen. 98. Die vier Händchen. 99. Die vier Händchen. 100. Die vier Händchen.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Lage im Buchdruckgewerbe.

Zeitungen und Bücher sind nur in geistigem Sinne lebensnotwendig, Kulturbedürfnis. In unserer Zeit der Intellektuellen, der Periode nach dem "Stahlbad", ist es soweit gekommen, daß das Baden, die Haar- und Bartpflege und verschiedene andere mehr, als "Luxus" gilt, den sich die breite Masse nicht mehr leisten kann. Von der Anschaffung von Büchern ist sie schon längst abgekommen und die Zahl der Zeitungslieferanten geht mit jeder Erhöhung des Bezugspreises zurück. Es ist tief bedauerlich, daß die Arbeitnehmer-Gewerkschaft insbesondere sich mit ihren Ansprüchen in geistiger Beziehung soweit zurückdrängen ließ und teilweise schon den Bezug ihres Parteiorgans als entbehrlich betrachtete.

Daß der Papierwucher Bücher und Zeitungen ungewöhnlich verteuert hat, war bis vor kurzem unbestritten. Es kann auch nicht bestritten werden, daß die Löhne der Buchdrucker zurückgefallen waren, darüber hinaus aber auch die Gehälter der Angestellten im Zeitungsgewerbe und die der Redakteure. Bei den trotzdem genaugig steigenden Druckkosten, infolge der hohen Papierpreise, die auch auf die übrigen Materialpreise stark anziehend wirkten, mußten auch die Gewerkschaften mehr und mehr dazu übergehen, ihre Druckaufträge möglichst zu beschränken und den Umfang ihrer Verbandszeitschriften zu verringern. Selbst die großen leistungsfähigen Verbände sahen sich wider Willen zu Einschränkungen gezwungen. Während früher fast alle Gewerkschaften ihre Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen fast ausnahmslos im Anzeigenteil der Parteipresse abhielten, ist in Berlin nur der Metallarbeiterverband dabei geblieben, während einige wenige andere Verbände nur noch besonders wichtige Versammlungen im Interimsteil anknüpfen. Im Geschäftsleben hat sich natürlich die gleiche Zurückhaltung bemerkbar gemacht.

Nun haben die Buchdrucker durch die Stilllegung der Rotenpresse den Versuch gemacht, ihren geringen Löhnen mit einem Schläge aufzuhelfen. Der Erfolg, den sie dabei erzielt haben, hat sich als ein Scheitern erwiesen. Kein Mensch wird behaupten können, daß die Löhne im Verhältnis zu denen verschiedener anderer Berufe, gemessen insbesondere an den Gehältern der Beamten, zu hoch seien. Es hat sich jedoch, von allen Arbeitgebern auf Unternehmensebene abgesehen, herausgestellt, daß die neuen Löhne für das Buchdruckgewerbe zu hoch sind. Die "Frankfurter Zeitung", die eine durchaus sachliche Würdigung der Dinge brachte (Nr. 622 vom 23. August), stellte darüber folgende Berechnung an:

Für die erste Lohnwoche dieses Monats (4. bis 11. August) wurde ein Spitzenlohn von 5 Millionen errechnet, in die bereits eine der Teuerung angemessene Kaufkraft einfließen würde. Die Buchdrucker hatten lange Zeit im Verhältnis zu anderen Arbeiterkategorien einen niedrigen Lohn, aber damals machten sie den Sprung, der sie auf ein angemessenes Niveau brachte. Diodert man den Spitzenlohn durch die Indeziffer vom 30. Juli, so ergibt sich als Kaufkraftindex dieses Lohnes die Zahl 70. Macht man aber dieselbe Operation mit den Spitzenlöhnen der zweiten und dritten Lohnwoche und den entsprechenden Indeziffern des Statistischen Reichsamtes, so ergibt sich als Kaufkraftindex für die zweite Lohnwoche die Zahl 84, für die dritte 88. Das heißt also, daß die reale Kaufkraft des Lohnes in diesen Wochen um 14 oder 13 Punkte gestiegen ist. Stellt man die Berechnung anders an, so daß für die erste Lohnwoche derjenige Index des Reichsamtes angelegt wird, der in diese Woche fällt, so ergeben sich folgende Punktziffern: 33,4, dann 29 und 48, also schließlich wiederum eine bedeutende Steigerung. Wenn aber in dem Spitzenlohn der ersten Woche die Teuerung schon angemessen einfließen würde, dann konnte es doch nur darauf ankommen, die einmal erreichte Kaufkraft zu erhalten, nicht aber zu steigern.

Wie in der Wirtschaft im allgemeinen, gibt es auch in den einzelnen Gewerben gewisse Grenzen, die nicht überschritten werden können. Handelt es sich bei den Anknüpfungen von Betriebsbeschränkungen und Betriebsstilllegungen nur um einen Schreckmittel, um ein Druckmittel gegen die Löhne, dann brauchen die Buchdrucker sich am wenigsten solche Manöver ernst zu nehmen. Allein für sich in ihren Betrieben selber, wie die Dinge stehen. Sie haben vor der Wahl, verkürzt zu arbeiten und teilweise vollends h. otlos zu werden, wenn sie an ihrem Tariflohn festhalten. Der nachträgliche Lohnstreik ist wohl formell eine Angelegenheit der beteiligten Organisationen, darum aber nicht minder eine öffentliche Angelegenheit.

Auf Unternehmensebene wird nun versucht, ausschließlich die neuen Löhne für die Ungunst der Verhältnisse verantwortlich zu machen. Ganz so, als ob bis dahin alles in schönster Ordnung gewesen sei. Das ist eine einseitige, absichtlich falsche Darstellung. Die Papierpreise und alles andere soll mit einem Ruck nicht die geringste Rolle mehr dabei spielen. Auch nicht die Konsumverhältnisse, die gerade im Buchdruckgewerbe vielfach zu gegenseitiger Preisunterdrückung führen?

Jedenfalls besteht augenblicklich ein Zustand, der für beide Teile nicht haltbar ist. Soll er irgendwie behoben werden, dann war der Weg der Unternehmer, die Deffektivität mit ihren Beschwerden über die Löhne zu bombardieren, von vornherein verfehlt. Bei dem im Buchdruckgewerbe gut ausgebildeten Verhandlungskörper mußte auf diesem Wege, der von München aus angedeutet wurde, eine Verständigung versucht werden, die selbstverständlich von vornherein verfehlt wäre, sollte sie nur auf Kosten der Gehilfen verflucht werden. In erster Linie wäre zu versuchen, die bereits n. g. d. m. — trotz niedriger Löhne — bestehenden Ursachen der mangelnden Produktivität des Buchdruckgewerbes irgendwie zu beheben. Wenn solche technisch rückständige, durchaus unrentable Betriebe, die sich nur mit Schundlöhnen noch einige Zeit über Wasser halten könnten, dabei zur Stilllegung kommen, dann ist das für die Allgemeinheit kein unerträglicher Verlust.

Sehen die Arbeitnehmer in dieser Beziehung den guten Willen und ernsthafte Anstrengungen zur Abhilfe, dann lassen sie schließlich auch in der Lohnfrage mit sich reden. Sie wollen sicherlich den Akt nicht abgeben, auf dem sie sitzen, aber sie wollen bei ihrer Arbeit auch leben und müssen leben können.

Die Differenzen bei Scherl sind beigelegt.

Der bereits am 17. August gemachte Vergleichsvorschlag, wonach aus technischen Gründen 10 Proz. der Belegschaft nicht wieder eingestellt werden, ist nachträglich angenommen worden. Ein Bericht der Streikleitung über den Abschluß der Bewegung ist uns noch nicht zugegangen.

Bei der "Lokalzeitung" in seiner Darstellung der Vorkommnisse in seinem Betriebe den "Vorwärts" zitiert, und zwar insbesondere die Frage eines parteigenösslichen Zimmerers über den rücksichtslosen Terrorismus der kommunistischen Treuhänder, leitet die "Rote Fahne" daraus die Schlussfolgerung ab, den "Vorwärts" aus der Wohnung zu werfen. Das mag geschäftsmäßig sein, ist aber durchaus unlogisch.

Die Arbeiter und Angestellten, die durch den kommunistischen "Generaistreik" um ihr Brot gebracht wurden, wie alle diejenigen Arbeiter, die bei dieser Aktion in der brutalsten Weise terrorisiert wurden, um sie zu zwingen, sich der von der KPD. ausgehenden Parole zu fügen, wie überhaupt jeder denkende und anständige Arbeiter, der erkannt hat, wohin dieses ganze von der "Roten Fahne" versuchte Treiben führt, wird die "Rote Fahne" aus der Wohnung zu werfen und den "Vorwärts" wieder bestellen.

Die Bergarbeiterlöhne.

Am Freitag fanden im Reichsbergsamtsministerium die Verhandlungen über die neuen Bergarbeiterlöhne ihren Abschluß. Der am 17. August gefällte Schiedsspruch wurde aufgehoben und dafür eine Neueingelung für die Wochen vom 13.—20. und vom 20. bis 27. August getroffen. Danach betragen die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter pro Mann und Schicht einschließlich der Soziallöhne:

Im Ruhrgebiet und im Aachener und Kölner Bezirk für die Woche vom 13.—20. August 4 153 374 M., für die Woche vom 20.—27. August 6 333 895 M.; für Oberschlesien 3 227 661 M., bzw. 3 074 684 M.; Niederschlesien 3 079 788 M., bzw. 4 696 676 M.; für Sachsen 3 202 866 M., bzw. 4 874 370 M.; für Niedersachsen 2 953 532 M., bzw. 4 304 135 M.; für S. b. b. 3 078 547 M., bzw. 4 694 784 M.

Für Mitteldeutschland wurden folgende Löhne vereinbart: für das Rheinrevier 3 015 212 M., bzw. 4 598 198 M., für das Randrevier I 5 Proz. weniger, für das Randrevier II 10 Proz. weniger.

In Bayern gelten folgende Löhne: Beckthole 3 015 212 M., bzw. 4 598 198 M., Steinlohe 2 612 602 M., bzw. 3 984 218 M., Braunlohe 2 845 975 M., bzw. 4 340 111 M., Kaliberbau 3 140 971 M., bzw. 4 759 981 M.

Neue Löhne der Reichsarbeiter.

Am Donnerstag und Freitag fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen zur Neuverteilung der Reichs- und Staatsarbeiterlöhne statt. Der Stundenlohn beträgt danach in der Dristklasse A Lohngruppe I: 405 000, II: 398 000, III: 387 000, IV: 375 000, V: 372 000, VI: 366 000, VII: 360 000, VIII: 249 000 Mark.

Die Spannung von Dristklasse zu Dristklasse wurde für männliche Arbeiter auf 9000 M. festgelegt, für weibliche auf 6000 M. Der Soziallohn beträgt je 88 000 M. Die Nachzahlung der 30 Proz. soll sofort erfolgen, während die Nachzahlung der 10 Proz. am Dienstag der kommenden Woche vorgenommen wird. Die Lohnhöhe der Lohnwoche vom 27. August bis 2. September wird am Dienstag festgelegt.

Für die Woche vom 12. bis 19. August werden auf die Löhne der laufenden Woche noch 30 v. H. gewährt. Außerdem sollen 10 v. H. des Lohnes der laufenden Woche (19. bis 26. August) nachgezahlt werden.

Die Differenzen zwischen dem Zentralverband der Hotel- und Caféhauseingestellten und Herrn Wilhelm Krüger, Wiener Str. 23, Ede Grünauer Straße, sind beigelegt. Die Sperre ist somit aufgehoben.

Angestellte der Kartonnagenbranche. Da die Verhandlungen über werbefähige Gehälter wiederum gescheitert sind, erhalten die Angestellten am 25. August zwei und am 31. August drei weitere Zulagebälter als Kontozahlung.

Im Mineralöl- und Fettgroßhandel hatten die mit dem Arbeitgeberverband am 23. August geführten Verhandlungen folgendes Ergebnis: Der Wochenlohn der männlichen Arbeiter beträgt ab 11. bis 17. August 12 521 000 bis 14 336 000 M.; vom 18. bis 24. August 22 500 000 bis 25 05 000 M.

In Athen setzte am 20. August ein Solidaritäts-Generalstreik der Verkehrsarbeiter ein. Die Regierung erteilte nicht etwa, sondern löste durch ein Dekret alle Arbeiterorganisationen auf, beschlagnahmte die Archive und die Kassendeckelungen der Gewerkschaften; letztere führte sie der Nationalbank zu, angeblich, um sie zur Schaffung einer Arbeiterversicherungskasse zu verwenden. — Zwei Tage darauf kam es zu blutigen Zusammenstößen in Piräus zwischen Streikenden und Militär. Zwei Arbeiter wurden getötet und sieben verwundet. Die Arbeiter scheinen aber auch unter sich nicht einig zu sein. Die Arbeiter in Piräus kündigten die Wiederaufnahme der Arbeit an. In Saloniki scheiterte der Streik. — Da in allen solchen Fällen nur regierungsamtliche Berichte erfolgen, lassen sich die Dinge nur schwer beurteilen.

Die Pariser Gasarbeitergewerkschaft trat gestern vormittag wegen Lohnforderungen in den Streik. Die gestrigen Abendblätter berichteten jedoch, daß nur etwa 40 Proz. der Gasarbeiter in den Streik traten, und die Gasversorgung für alle Fälle gesichert ist.

Wirtschaft

Warum werden Auslandseffekten nicht beschlagnahmt?

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Reichsregierung ermächtigt die Anmeldepflicht der Devisenbestände von Handel und Industrie unter Eidbeschwörung. Eine weit einfachere Möglichkeit für die Regierung, Guthaben in hochwertiger ausländischer Währung zu schaffen, böte sich in der Erfassung und Beschlagnahme der an den deutschen Börsen gehandelten sogenannten Valutawerte, und es ist unverständlich, warum die Reichsregierung diese Valutawerte frei lassen will, die — auf engl. Pfund, (argent.) Pesos, (spanische) Taels usw. lautend — an den Börsen von London, Zürich usw. regelmäßig gehandelt werden und sofort zu verwerten sind. Dabei ist eine Hinterziehung verschiedener dieser Valutawerte, z. B. der Diamond Shares, die etwa 30 Millionen Mark das Stück, und der Saliterra Shares, die etwa 30 Millionen Mark das Stück notieren, aus dem Grunde nicht möglich, weil über die zweitgenannten Shares keine effektiven Güter, über die erstgenannten nur wenig effektive Güter existieren, das Bestreben vielmehr durch Uebertragung in den bei der Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin, bzw. bei der Norddeutschen Bank, Hamburg, geführten Anteilbüchern erworben wird, aus denen die Eigentümer also ohne weiteres zu ersehen sind.

Die Besitzverhältnisse der übrigen zahlreichen Valutawerte würden sehr leicht aus den Depotbüchern der Banken und Bankgeschäfte festzustellen sein; im Auslande befindet sich zweifellos nur ein minimaler Besitz reichsdeutscher Eigentümer von Valutenwerten. Daß die Beschlagnahme der Valutenwerte nicht den kleinen Wertpapierbesitzer treffen würde, der zu irgendeinem Zeitpunkt einmal seine paar Mark an die Börse gebracht hat, braucht bei dem Millionenumfang jener Werte nicht erst bewiesen zu werden.

Konkursstatistik. Auch im Juli ergab die Konkursstatistik das Bild, das man nun bei plötzlichen Marktverfallungen schon einigermaßen gewohnt ist. Die Zahl der Konkurse (Krumppfe) von der ohnehin niedrigen Zahl von 35 im Juni auf 18 im Juli zusammen, worunter sich noch vier Nachzahlungskonkurse finden. Die Geldentwertung hat Konkurse nicht nur unrentabel gemacht, denn es lohnt sich nicht, über Papiermarktkommen lange Prozesse zu führen und die Entwertung der vorhandenen Markbestände abzuwarten; die Konkurse sind auch deshalb geringer geworden, weil jeder neue Markkurs für die Sachverwalter in Industrie und Handel eine Quelle müheloser Bereicherung ist, in der man es nicht so leicht bis zur Zahlungsunfähigkeit bringt, selbst wenn man sein Bestes dazu tut. Die starke Rückgang der Konkurse gegen die Zeit vor dem Kriege, wo monatlich 600—800 Konkurse die Regel waren, wird es nicht verwunderlich machen, wenn unter dem Druck der erhöhten Steuern unwirtschaftliche Betriebe, die bisher ein glänzendes Dasein führen konnten, in größerer Menge zusammenbrechen sollten.

Organisatorisch für Politik: Richard Bernheim, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaft: Arias Caterus, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Caterus, Berlin; Faulstich: R. A. Böder, Wilmersdorf; Bohlen und Sonntag: Felix Karshäb, Wilmersdorf; Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Hosen.
Beste Qualitäten.
Reiche Auswahl in
Streifenhosen, Manchetten-,
Breecher-, engl. Corder-,
Zack- und Arbeitshosen
in allen Längen und Breiten.
Müch.-Glaab. Hosenzentrale
O. 27 Blumenstr. 57
Blauer Corder.
3 Min. von der Jannowbrücke.
Acht. Sie genau auf Hausnumm.
Kohlschlagbergstr.

Bettwäsche
Einige Ausnahmefälle!
Eroz gemittelter Steigerung, da riesiger
Rückst. sehr billig!
Bettbezug 2250, 4500, 5600 T. ufm.
Rillen 990, 1550, 1750 T. ufm. Rufen
1550, 2900, 3600 T. ufm. Ganzbänder
280, 360, 390 T. ufm. Bettgarn-
turen, bunte Bezüge, Inletts,
Nachtische, Damaste, Webereien,
Kaffeebecken usw.
Bitte überzeugen Sie sich
vor Einkauf bei uns!
Kühl & Kupferberg, Bettwäschefabrik
Judaßidenstr. 6, Ede Bergstraße
(Rübe Stettiner Bahnhof)
Bitte genau auf Hausnummer achten!

Bei Einkauf Fahrtvergütung!
Nicht überlegen
Preise steigen, nicht warten!
Billig! Billig! Billig!
Anzüge / Hosen
Gummi - Mäntel
Winter - Paletots
in reicher Auswahl weit unter
heutigem Herstellungspreis
Hugo Simon
Größtes Spezialhaus für Herrenkleidung
133 Charlottenburg
133 Wilmersdorfer Str. 133
an der Bismarckstraße
Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Reste-Haus
C. Pelz
Katharinenstr. 5
Anzugsstoffe
Kostumstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mäntel, Kostume
Hüte
2% Rabatt!

Zu Ehren des hochseligen Geburtstages
GERHART HAUPTMANN'S
erschien in vornehmer Ausstattung und
mit einem noch unveröffentlichten Tief-
druckbild des Dichters:
KONRAD HANISCH
Gerhart
Hauptmann
und das
deutsche Volk
Das am unmittelbaren Erlebnissen quellen-
de Buch bringt viel Neues, bisher Unbe-
kanntes über den Menschen und Dichter.
Es offenbart in ihrer Kraft und Schönheit
Hauptmanns unvergängliche Werke und
zeigt den bahnbrechenden Genius in
seinem Einfluß auf den mächtigen Um-
gestaltungswillen des Volkes
Preis-Grundaahl geb. M. 2.50
BUCHHANDLUNG VORWARTS
BERLIN SW 68, LINDENSTR. 2
Kräuter-Franzbranntwein Kopp & Joseph
Berlin W 50
besonders kräftigend u. erfrischend Potsdamerstr. 122

Weit unter Preis!
Kleiderstoffe, Damen-
stoffe, Herren-
stoffe, etc.
M. Beiser
Lehringstr. 67

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammgarne,
Tuche, Affenhaut, Flausche,
Plüsch, Kleider-Samete,
Anzug- u. Paletotstoffe.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Garderobe
bei Zahlungsvereinfachung
Herren-Damen-
Anzüge, Paletots, Paletots, Pantons,
Schlupfer, Röcke, Kleider
Regenmäntel, gute Ware, Strickjacken
M. Beiser
Lehringstr. 67

86 Gartenstr. 86
Zahngebisse
Gold-, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Alte Gebisse
zu Jahr 700000 Mk.
Zahn-Ankauf
B. Zymelaki
Weidenburgerstr. 33
Legitimation erforderl.
37b

Volkskleidung
Kosen
Gummimäntel
Sport-Anzüge
Manchester u. Loden
Hemden, Socken
Unterhosen
Berufskleidung
Gute Ware!
Billigste Preise!
Gerh. Köhnen
Neukölln
Hermannstr. 76/77.